



<https://menschen-rechte-tue.org/>

E-Mail: info@menschen-rechte-tue.org



Redebeitrag Andreas Linder

move on – menschen.rechte Tübingen e.V. bei der Kundgebung „20 Jahre Krieg in Afghanistan und die Folgen“

Vielen Dank, dass ich hier einen Redebeitrag halten darf. Ich durfte schon letzte Woche am internationalen Antikriegstag am 1. September eine Rede halten. Aber da haben außer ein paar Leuten, die wahrscheinlich die gleiche Meinung haben wie ich niemand zugehört und auch die Lokalzeitung hat es wohl nicht interessiert. Deswegen erlaube ich mir, mich heute ein bisschen zu wiederholen. Denn ich finde schon, dass es auch in Tübingen noch wichtigere Themen gibt als die Frage, ob hier irgendwann mal eine Straßenbahn rumfährt oder nicht.

Für mich wichtig und für uns wichtig war in den letzten Tagen und Wochen, dass unter uns hier in Tübingen zahlreiche afghanische Menschen leben, die nach der Machtübernahme durch die Taliban in Afghanistan eine riesige Angst um ihre in Afghanistan verbliebenen Angehörigen haben. Deswegen demonstrieren sie hier und heute unter dem Motto „save our families“ Und warum sind ihre Familien in Gefahr? Weil die USA und die NATO und damit auch Deutschland mit einem 20-jährigen Krieg einen militärischen, politischen und moralischen Scherbenhaufen hinterlassen haben. Weil die USA in ihrem Weltmachtstreben erst die Taliban gezüchtet und hochgerüstet haben, um danach einen 20 Jahre langen Antiterrorkrieg zu führen. Dieser Krieg hat die Taliban und andere Terrorgruppen aber eben nicht zum Verschwinden gebracht, sondern sie sind heute stärker denn je. Dieser Krieg hat Millionen von Flüchtlingen und zigtausende Toten unter den Soldaten und der Zivilbevölkerung verursacht und hat ein Land hinterlassen, das beim [Global Peace Index](#) und beim „[Global Terrorism Index](#)“ gerade in den letzten drei Jahren als das unsicherste, gefährlichste und tödlichste Land dieser Welt geführt wird. Und dieser Krieg hat ein Land hinterlassen, in der die humanitären Lebensbedingungen katastrophal und menschenunwürdig sind und das Land deswegen auf einem der hintersten Plätze des Human Development Index steht. Und in dieses Land wollte und will unser Innenminister koste es was es wolle Menschen abschieben. Und die SPD sollte sich eigentlich schämen, wenn sie in dieser Situation von der Linken ein Glaubensbekenntnis zur NATO verlangt.

In den zwei Augustwochen als es Evakuierungsflüge aus Afghanistan gab, haben wir uns deswegen dafür eingesetzt, dass nicht nur Ortskräfte vor den Taliban gerettet werden, sondern eben zum Beispiel auch Angehörige von in Deutschland lebenden Geflüchteten. Zusammen mit dem Asylzentrum haben wir von der Beratungsstelle Plan.B in den letzten Wochen fast 100 solcher Aufnahmeanträge unterstützt. Und es kommen immer noch Menschen, die so einen Antrag stellen wollen. Und alle diese Menschen haben gute Gründe für ihre Anträge. Aber das Auswärtige Amt hat bereits am 27. August dicht gemacht. Wer bis

dahin keine Aufnahmezusage hatte, wird nicht mehr beachtet. Doch damit wollen wir uns nicht zufrieden geben. Und damit können sich die Angehörigen in Deutschland nicht zufrieden geben, denn das würde bedeuten, dass ihre Familien in Afghanistan dem Schicksal ausgeliefert sind. Kurzum: Wir wollen nicht, dass all diese Anträge im Papierkorb von Heiko Maas landen. Unsere Regierung hat sich 20 Jahre lang daran beteiligt, Fluchtursachen zu produzieren. Sie darf sich jetzt nicht aus der Verantwortung stehlen kann, sondern muss sich um die Folgen kümmern. Deswegen fordern wir zusammen mit vielen anderen Organisationen, dass die Evakuierungsaktionen fortgesetzt werden und dass Aufnahmeprogramm aufgesetzt werden, bei denen auch diese Familien eine Chance bekommen.

In unserer Presseerklärung haben wir auch Forderungen zur Flüchtlingspolitik aufgestellt, diese fasse ich am Ende kurz zusammen:

1. Die „Weltgemeinschaft“ muss dafür sorgen, dass die Grenzen von Afghanistan in die Nachbarstaaten geöffnet werden und sichere und legale Fluchtwege für gefährdete und schutzbedürftige Afghan*innen geschaffen werden.

2. Die Evakuierungen aus Afghanistan müssen fortgesetzt werden. Internationale und nationale Resettlementprogramme und Aufnahmeprogramme müssen aufgesetzt werden.

3. Wir fordern, dass die baden-württembergischen Landesregierung ein eigenständiges Aufnahmeprogramm für afghanische Flüchtlinge aufsetzt. Für Ortskräfte und für andere Schutzbedürftige.

4. Wir fordern, dass die zahllosen falschen Asylentscheidungen der letzten Jahre korrigiert werden. Die Geflüchteten aus Afghanistan, die in Deutschland leben, brauchen einen sicheren Schutzstatus.

5. Wir fordern eine Erleichterung des Familiennachzugs.

6. Wir fordern, dass Abschiebungen nach Afghanistan dauerhaft unterlassen werden. Wir sagen generell NEIN zu Abschiebungen, insbesondere wenn es um Länder geht, in denen weder Sicherheit noch humanitäre Lebensbedingungen vorzufinden sind und unsere Politik für diese Situation mitverantwortlich ist.

7. Die Europäische Union muss ihren hässlichen Umgang mit Geflüchteten an die EU-Grenzen, in Griechenland, Bosnien und so weiter aufgeben und den Zugang zum Recht auf Asyl zulassen – von mir aus in kontrollierter Art und Weise – aber zulassen.

Und wenn ich diesen Satz noch sagen darf: Heute vor genau 20 Jahren war der verheerende Terroranschlag auf die Twin-Towers in New York mit 3.000 Toten. Diesen Anschlag hätte es wahrscheinlich nicht gegeben, wenn die Vereinigten Staaten in den Jahren davor eine vernünftigeren Nahost-Politik betrieben hätten. Und was Bush senior mit dem ersten Irak-Krieg angefangen hat, hat Bush junior mit dem war on terror nach dem 11. September fortgeführt. Und das afghanische Volk ist für etwas bestraft worden, was es nicht verursacht hat und wogegen die meisten Afghanen selbst gekämpft haben. Mit dieser Situation darf Afghanistan in der Zukunft nicht alleingelassen werden.